Pressemitteilung

Neues Gutachten bestätigt: Optionsscheine sollten steuerlich nicht den Termingeschäften zugeordnet werden

Hunderttausende Anleger von dieser Definitionsfrage betroffen

Berlin / Düsseldorf / Stuttgart, 17. Februar 2021

Einhellig dringen der Deutsche Derivate Verband (DDV), die Börse Stuttgart und die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) darauf, Optionsscheine steuerlich nicht den Termingeschäften zuzuordnen. Hierzu haben die Anlegerschützer, die Börse und der Branchenverband heute ein Gutachten von Prof. Dr. Klaus-Dieter Drüen von der Ludwig-Maximilians-Universität München vorgelegt. Ein Ergebnis: Aufgrund ihrer Erfüllungsweise – „Zug-um-Zug" – unterscheiden sich diese Papiere von Termingeschäften, die zu einem späteren, festen Zeitpunkt erfüllt werden. Das Gutachten führt zudem pragmatische Gründe auf, warum die lange eingeübte Differenzierung zwischen Termin- und Kassageschäften, wie sie im Wertpapier- bzw. Zivilrecht und im Bankrecht verwendet wird, auch auf das Steuerrecht angewendet werden sollte. Damit würden diese Papiere nicht unter die begrenzte Verlustverrechnung fallen, die seit Jahresbeginn auf Termingeschäfte anwendbar ist.

„Wir wollen verhindern, dass hunderttausende von Anlegern wegen einer – aus unserer Sicht unsachgemäßen – steuerlichen Neudefinition der Termingeschäfte zur Kasse gebeten werden", sagt Dr. Henning Bergmann, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DDV. Denn es würde nicht nur mehr Aufwand bei der Steuererklärung bedeuten, sondern je nach Anlagestrategie auch erhebliche finanzielle Einbußen mit sich bringen, wenn man Optionsscheine steuerlich den Termingeschäften zuordnen würde. „Die begrenzte steuerliche Verlustverrechnung von Termingeschäften stellt eine Unwucht im Steuersystem dar, die wieder geradegerückt werden muss. Auf keinen Fall darf sie ausgeweitet werden", so Bergmann.

„Die Politik sollte aktive Anleger bei ihrem Vermögensaufbau unterstützen und ihnen nicht weitere Hürden in den Weg legen. Eine Zuordnung von Hebelprodukten zu den Termingeschäften wäre kontraproduktiv – für die Depotabsicherung von Privatanlegern, aber auch für die gesamte Anlagekultur", sagt Dr. Michael Völter, Vorsitzender des Vorstands der Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V.

Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW: „Das Gutachten macht nochmals überdeutlich, wie weit die steuerliche Neuregelung der Verlustverrechnung von der Realität der Privatanleger entfernt ist. Aus unserer Sicht ist das ein Anti-Anleger-Gesetz. Wir werden weiterhin alles daransetzen, das nicht nur unseres Erachtens verfassungswidrige Gesetz zu kippen."

Betroffen dürften von einer solchen Regelung mehrere hunderttausend Anleger sein. Die WHU – Otto Beisheim School of Management hat im vergangenen Jahr eine wissenschaftliche Studie vorgelegt. Darin beziffert sie die Zahl der Anleger, die Hebelprodukte im Depot haben, für Ende 2015 auf 400.000. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2015 dürfte die Zahl bei rund 750.000 gelegen haben. Dabei hat die Studie herausgefunden, dass mehr als zwei Drittel der Anleger hohe Verluste vermeiden und Hebelprodukte wie Optionsscheine entweder als Absicherungsinstrumente nutzen oder die Produkte eher als längerfristige Anlage einsetzen. Sie profitieren vom Hebel der Produkte und sichern sich gegen das finanzielle Risiko ab. Das jährliche Umsatzvolumen von Hebelprodukten im börslichen Handel in Deutschland liegt im mittleren zweistelligen Milliardenbereich.

Das vollständige Gutachten steht auf der Internetseite des DDV
https://www.derivateverband.de/DEU/Publikationen/Studien zum Download zur Verfügung.

Der **Deutsche Derivate Verband (DDV)** ist die Branchenvertretung der führenden Emittenten strukturierter Wertpapiere in Deutschland, die mehr als 90 Prozent des deutschen Zertifikatemarkts repräsentieren: BNP Paribas, Citigroup, DekaBank, Deutsche Bank, DZ BANK, Goldman Sachs, Helaba, HSBC Trinkaus, HypoVereinsbank, J.P. Morgan, LBBW, Morgan Stanley, Société Générale, UBS und Vontobel. Außerdem unterstützen 17 Fördermitglieder, zu denen die Börsen in Stuttgart und Frankfurt, die Baader Bank, die Direktbanken comdirect bank, Consorsbank, DKB, flatex, ING-DiBa, maxblue und S Broker sowie Finanzportale und Dienstleister zählen, die Arbeit des Verbands.

Die **Börse Stuttgart** ist die Privatanlegerbörse und der führende Parketthandelsplatz in Deutschland. Private Anleger können in Stuttgart Aktien, verbriefte Derivate, Anleihen, ETFs, Fonds und Genussscheine handeln – mit höchster Ausführungsqualität und zu besten Preisen. Im börslichen Handel mit Unternehmensanleihen ist Stuttgart Marktführer in Deutschland, bei verbrieften Derivaten europäischer Marktführer. Im hybriden Marktmodell der Börse Stuttgart sind Handelsexperten in den elektronischen Handel eingebunden. Sie spenden bei Bedarf zusätzliche Liquidität und sorgen für eine zuverlässige und schnelle Orderausführung. Für Anlegerschutz und Transparenz greifen alle Regulierungs- und Kontrollmechanismen einer öffentlich-rechtlichen Börse. Mit einem Handelsvolumen von rund 111 Milliarden Euro in allen Anlageklassen im Jahr 2020 liegt die Börse Stuttgart an zehnter Stelle in Europa.

Die **Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW)** wurde 1947 gegründet und ist heute mit ca. 35.000 Mitgliedern der führende deutsche Verband für private Anleger. Neben der politischen Interessenvertretung in Berlin und Brüssel stellt die DSW ein umfassendes Angebot für Anleger bereit. Hierzu gehören neben der Begleitung in allen Fragen rund um Kapitalanlagen, die Klärung grundsätzlicher Rechtsfragen per Musterprozess, wie zum Beispiel bei der Volkwagen AG in Sachen Dieselskandal sowie die Vertretung der Interessen privater Anleger auf jährlich rund 650 Haupt-versammlungen. Daneben ist es das erklärte Ziel der DSW, die Aktienkultur in Deutschland zu fördern und das Wissen über Aktien und andere Anlageklassen zu verbessern.

Bei Rückfragen:
Michaela Roth, Leiterin Kommunikation / Pressesprecherin Deutscher Derivate Verband (DDV); Tel.: +49 (30) 4000475-20; E-Mail: michaela.roth@derivateverband.de

Johannes Frevert, Pressesprecher Börse Stuttgart, Tel.: +49 (711) 222985-715; E-Mail: johannes.frevert@boerse-stuttgart.de

Jürgen Kurz, Pressesprecher Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW); Tel.: +49 (211) 6697-61; E-Mail: juergen.kurz@dsw-info.de